

2562 Wir wollen den Städten und Gemeinden dabei helfen, in städtischen Wohnquartieren  
2563 den Fußgänger-, Fahrrad-, ÖPNV- und Autoverkehr so zu vernetzen, dass sowohl  
2564 ruhiges Wohnen als auch Mobilität möglich sind.

## 2565 **6.8 Bauwesen und Bauwirtschaft als Schlüsselbranche**

2566 Der Bausektor ist eine Schlüsselbranche für Wachstum und Beschäftigung. Das  
2567 reale Bauvolumen beträgt 2005 rund 220 Mrd. Euro. Die Bauwirtschaft ist nach wie  
2568 vor die bedeutendste Branche in Deutschland. Mehr als 50% aller Investitionen  
2569 werden hier getätigt. Öffentliche und private Investitionen sollen erleichtert werden,  
2570 um die Modernisierung der Infrastruktur in Deutschland zu beschleunigen.  
2571

2572 Wir werden die gesetzlichen und weiteren Rahmenbedingungen für Public Private  
2573 Partnership (PPP) im Hoch- und Tiefbau weiter verbessern. Die Zahl der  
2574 Pilotprojekte soll steigen, die Arbeit der bestehenden PPP Task Force wird verstärkt.  
2575 Damit erreichen wir die Entwicklung einheitlicher Vertragsstrukturen und die  
2576 Einführung allgemein anerkannter Regeln für eine Wirtschaftlichkeitsanalyse im  
2577 Rahmen der Vergabe.  
2578

2579 Wir werden die Bauwirtschaft dabei begleiten, ein Leitbild Bauwirtschaft als  
2580 Gesamtrahmen für eine moderne Baupolitik zu entwickeln, die mit Innovation und  
2581 Qualität Investitionen und zukunftsfähige Arbeitsplätze sichert.  
2582

2583 Die Bauforschung des Bundes wird verstärkt und besser mit europäischen  
2584 Netzwerken verknüpft.  
2585

2586 Wir wollen die Errichtung einer Stiftung Baukultur (Baustiftung des Bundes)  
2587 voranbringen. Sie soll die Möglichkeiten guten Planen und Bauens als  
2588 gesellschaftlichen Anspruch für lebendige Städte einer breiten Öffentlichkeit bewusst  
2589 machen. Darüber hinaus gilt es auch, die hohe Leistungsfähigkeit von Architekten  
2590 und Ingenieuren in Deutschland auf dem Weltmarkt noch besser darzustellen.  
2591

2592 Wir werden die HOAI systemkonform vereinfachen, transparenter und flexibler  
2593 gestalten, sowie noch stärkere Anreize zum kostengünstigen und qualitätsbewussten  
2594 Bauen verankern.  
2595

2596 Um öffentliche Investitionen zu beschleunigen, novellieren wir das Vergaberecht im  
2597 Rahmen des bestehenden Systems. Die für große Projekte entwickelten EU-  
2598 Vorschriften sollten nur für Großprojekte angewendet werden, um nicht die für den  
2599 Mittelstand wichtige Vielzahl der kleineren Investitionen zu blockieren. VOB und VOL  
2600 sichern der öffentlichen Hand eine wirtschaftliche und sparsame Beschaffung.  
2601 Deshalb muss eine auf qualitative Aspekte abzielende und mittelstandsgerechte  
2602 Vereinfachung des Vergaberechts unter Aufrechterhaltung der VOB erfolgen.  
2603

2604 Die Reform der Bundesbauverwaltung wird weiter vorangetrieben. Ziel ist eine  
2605 weitere Optimierung unter Wahrung der Einheit der Bauverwaltung für zivile und  
2606 militärische Vorhaben. Wir erhalten die fachlichen Kernkompetenzen der  
2607 Bauverwaltung und konzentrieren sie auf Baumanagementaufgaben.  
2608

## 2609 **6.9 Energetisches Bauen als Beitrag zum Klimaschutz**

2610  
2611  
2612

2613 Wir wollen beim Bauen den Ressourcenverbrauch reduzieren und Betriebskosten  
2614 mindern, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und zugleich Impulse für mehr  
2615 Beschäftigung zu geben. Ein Schwerpunkt ist die Substanzerhaltung und  
2616 Modernisierung des Wohnungsbestandes, um ihn an die geänderten  
2617 Wohnbedürfnisse anzupassen und den Energieverbrauch zu senken.

2618  
2619 Die Durchführung von Contracting-Projekten in Bundesliegenschaften wird verstärkt.  
2620 Wir beginnen ein Programm zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude des  
2621 Bundes. Auch wollen wir die Einnahmen durch den Verkauf nicht mehr benötigter  
2622 öffentlicher Liegenschaften stärker für die notwendige Modernisierung der  
2623 verbleibenden Liegenschaften nutzen und so den Wert des  
2624 Bundesimmobilienvermögens erhalten.

## 2625 2626 **6.10 Wohnungswesen**

2627  
2628 Selbst genutztes Wohneigentum, Mietwohnungsbau und genossenschaftliches  
2629 Wohnen bleiben die drei Säulen der Wohnraumversorgung.

2630  
2631 Das Wohngeld wird weiterhin der sozialen Absicherung des Wohnens dienen.  
2632 Wohngeld ist keine Subvention, sondern eine Fürsorgeleistung. Bund und Länder  
2633 werden das Wohngeldrecht zügig mit dem Ziel einer deutlichen Vereinfachung  
2634 überprüfen.

2635  
2636 Unser politisches Ziel bleibt die Wohneigentumsbildung von Familien mit Kindern.  
2637 Eine aktive Familienpolitik im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft  
2638 muss die Realisierung von Kinderwünschen auch durch ein familiengerechtes  
2639 Wohnraumangebot unterstützen. Dazu werden wir mit der KfW-Förderbank Wege  
2640 aufzeigen, wie die Beleihung im nachrangigen Bereich verbessert und verbilligt  
2641 werden kann. Damit kann auch die Privatisierung von Wohnungen an Mieter  
2642 unterstützt werden.

2643  
2644 Das Wohneigentum soll in die geförderte Altersvorsorge besser integriert werden.

2645  
2646 Wir werden das genossenschaftliche Wohnen auf der Grundlage der Empfehlungen  
2647 der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften weiterentwickeln.

2648  
2649 Wir werden die Internationalisierung der Wohnungswirtschaft hinsichtlich der damit  
2650 verbundenen sozialen, städtebaulichen und bauwirtschaftlichen Auswirkungen  
2651 sorgfältig analysieren.

## 2652 2653 2654 **7. Umwelt**

2655  
2656 CDU, CSU und SPD orientieren sich am Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung. Eine  
2657 intakte Natur, reine Luft und saubere Gewässer sind Voraussetzung für hohe  
2658 Lebensqualität. Wir betrachten den Umweltschutz als gemeinsame Aufgabe von  
2659 Staat, Bürgern und Wirtschaft. Wir setzen auf Kooperation und auf eine Kombination  
2660 von Eigenverantwortung der Wirtschaft und der Bürger, aus Markt und Wettbewerb  
2661 sowie auf die notwendigen verbindlichen Rechtsnormen und ihre wirksame Kontrolle.  
2662 Eine ambitionierte deutsche Umweltpolitik kann einen zentralen Beitrag zur  
2663 Modernisierung unserer Gesellschaft leisten. Sie kann zum Motor werden für

- 2664 • die Entwicklung und die weltweite Vermarktung von Zukunftstechnologien,
- 2665 • die Erhöhung der Energie- und Ressourcenproduktivität und damit der
- 2666 Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft,
- 2667 • die Schaffung neuer, qualifizierter und sicherer Arbeitsplätze.

2668

2669 Wir stehen vor großen Herausforderungen, die sich insbesondere aus den Gefahren  
2670 des Klimawandels und den absehbaren Preis- und Verteilungskonflikten bei Energie  
2671 und Rohstoffen ergeben. Deutschland und Europa brauchen deshalb einen neuen  
2672 Aufbruch, der die Ziele erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung und wirksamen  
2673 Klima- und Umweltschutzes mit den sozialen Anliegen der Menschen im Sinne eines  
2674 nachhaltigen Wirtschaftens im 21. Jahrhundert zusammenführt.

2675

2676 Der wichtigste Schlüssel dazu ist eine Doppelstrategie zur Steigerung der Energie-  
2677 und Ressourceneffizienz sowie zum Ausbau erneuerbarer Energien und  
2678 nachwachsender Rohstoffe. Dies ist im Rahmen eines breiten Energiemix der  
2679 erfolversprechende Weg zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen  
2680 Wirtschaft, zur Verringerung der Belastung von Verbrauchern und Unternehmen  
2681 durch steigende Energie- und Rohstoffpreise und gleichzeitig zum Schutz der  
2682 Erdatmosphäre und der Umwelt.

2683

## 2684 **7.1 Klimaschutz und Energie – eine Strategie, ein Programm**

2685

2686 Deutschland wird weiterhin seine führende Rolle im Klimaschutz wahrnehmen. Ziel  
2687 ist, die weltweite Temperatursteigerung auf ein klimaverträgliches Niveau von 2 Grad  
2688 Celsius gegenüber dem vorindustriellen Stand zu begrenzen. Wir werden daher:

2689

- 2690 • das nationale Klimaschutzprogramm weiter entwickeln und zusätzliche
- 2691 Maßnahmen ergreifen, damit Deutschland sein Kyoto-Ziel für 2008 bis 2012
- 2692 erreicht;
- 2693 • uns dafür einsetzen, dass bis 2009 ein internationales Klimaschutzabkommen für
- 2694 die Zeit nach 2012 geschaffen wird, das auf dem Kyoto-Protokoll aufbaut;
- 2695 • uns dafür einsetzen, dass andere Industriestaaten und wirtschaftlich
- 2696 fortgeschrittene Schwellenländer in ein neues Klimaschutzabkommen einbezogen
- 2697 werden und ihren Fähigkeiten entsprechende Verpflichtungen übernehmen;
- 2698 • vorschlagen, dass sich die EU im Rahmen der internationalen
- 2699 Klimaschutzverhandlungen verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020
- 2700 insgesamt um 30% gegenüber 1990 zu reduzieren. Unter dieser Voraussetzung
- 2701 wird Deutschland eine darüber hinaus gehende Reduktion seiner Emissionen
- 2702 anstreben;
- 2703 • die Klimaschutzvereinbarung mit der Wirtschaft aus dem Jahr 2000 evaluieren;
- 2704 • eine Partnerschaft für Klima und Innovation mit der deutschen Wirtschaft und
- 2705 gesellschaftlichen Gruppen anstoßen, die gerade auch für den Mittelstand
- 2706 weltweit Zukunftsmärkte erschließt;
- 2707 • basierend auf der Initiative der G8 eine neue Partnerschaft zwischen Industrie-
- 2708 und Entwicklungsländern vorantreiben, die auf eine anspruchsvolle
- 2709 Modernisierung der Energieversorgung zur Steigerung der Energieeffizienz und
- 2710 auf den Ausbau erneuerbarer Energien gerichtet ist. Diese Partnerschaft soll ein
- 2711 verbindliches Klimaschutzabkommen ergänzen, keinesfalls aber ersetzen;
- 2712 • darüber hinaus ein internationales Aufforstungsprogramm anstreben, um die
- 2713 Fähigkeit von Wäldern zur Bindung von Kohlenstoff zu nutzen.

2714  
2715  
2716  
2717  
2718  
2719  
2720  
2721  
2722  
2723  
2724  
2725  
2726  
2727  
2728  
2729  
2730  
2731  
2732  
2733  
2734  
2735  
2736  
2737  
2738  
2739  
2740  
2741  
2742  
2743  
2744  
2745  
2746  
2747  
2748  
2749  
2750  
2751  
2752  
2753  
2754  
2755  
2756  
2757  
2758  
2759  
2760  
2761

## **7.2 Emissionshandel**

Wir werden den Emissionshandel als wichtiges Instrument des Klimaschutzes ökologisch und ökonomisch effizienter gestalten und daher:

- den Nationalen Allokationsplan für die Periode 2008 bis 2012 auf der Basis der im Zuteilungsgesetz 2005/2007 festgelegten Ziele aufstellen, Mitnahmeeffekte (windfall profits) vermeiden und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieverbrauchenden Wirtschaft besonders berücksichtigen;
- das Zuteilungssystem transparenter und unbürokratischer gestalten und soweit europarechtlich möglich Kleinanlagen herausnehmen;
- durch eine erleichterte Nutzung internationaler Klimaschutzprojekte (zum Beispiel JI und CDM) nach dem Kyoto-Protokoll die Marktchancen der deutschen Industrie im Ausland stärken;
- die EU-Kommission bei ihrer Prüfung unterstützen, den Flugverkehr in angemessener Weise in einen Emissionshandel einzubeziehen;
- die Einbeziehung anderer Industrieländer und großer Schwellenländer in einen weltweiten Emissionshandel vorantreiben;
- in der 2. Zuteilungsperiode darauf achten, dass Anreize zum Neubau von effizienten und umweltfreundlichen Kraftwerken gegeben werden.

Wir wollen die Kostenbelastung der Wirtschaft durch den CO<sub>2</sub>-Emissionshandel senken. Dazu wollen wir gegebenenfalls eine Überarbeitung der EU-Emissionshandelsrichtlinie anstreben. Bei der Fortschreibung des Nationalen Allokationsplans 2 (2008 – 2012) werden wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieverbrauchenden Wirtschaft besonders berücksichtigen. Das Zuteilungssystem ist transparenter und unbürokratischer zu gestalten, die Einbeziehung anderer Industrieländer und großer Schwellenländer in den Emissionszertifikate-Handel werden wir einfordern. Zur erhöhten Flexibilität des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels ist die schnelle Umsetzung der flexiblen Kyoto-Mechanismen (zum Beispiel JI und CDM) notwendig.

## **7.3 Neuordnung des Umweltrechts**

Im europäischen und im deutschen Umweltrecht achten wir darauf, ein hohes Schutzniveau für Gesundheit und Umwelt mit möglichst unbürokratischen und kostengünstigen Regelungen zu erreichen und so die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken. Dies gilt auch für die laufenden Verhandlungen zur Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien (REACH).

Mit einem Planungsbeschleunigungsgesetz werden wir die Voraussetzungen für eine bundesweit einheitliche Straffung, Vereinfachung und Verkürzung der Planungsprozesse schaffen, ohne dass dies zu Lasten von Umweltschutz und Bürgerbeteiligung geht. Die guten Erfahrungen mit der Planungsbeschleunigung in den neuen Ländern, die wir nutzen wollen, zeigen, dass dies geht.

2762 Das historisch gewachsene, zwischen verschiedenen Fachgebieten sowie zwischen  
2763 Bund und Ländern stark zersplitterte Umweltrecht, entspricht nicht den Anforderun-  
2764 gen an eine integrierte Umweltpolitik:  
2765

- 2766 • Das deutsche Umweltrecht soll vereinfacht und in einem Umweltgesetzbuch  
2767 zusammengefasst werden.
- 2768 • Die verschiedenen Genehmigungsverfahren sind im Rahmen eines  
2769 Umweltgesetzbuchs durch eine integrierte Vorhabengenehmigung zu ersetzen.
- 2770 • Die Bundesregierung wird in Brüssel eine Initiative für die notwendige innere  
2771 Harmonisierung und Vereinfachung des europäischen Umweltrechts ergreifen.
- 2772 • Der WTO und anderen Handelsabkommen darf kein Vorrang vor den  
2773 internationalen Abkommen zum Schutz der Umwelt eingeräumt werden.  
2774

2775 Für diese Neuorientierung des deutschen Umweltrechts werden im Rahmen der  
2776 Reform des Grundgesetzes (Föderalismusreform) die Voraussetzungen geschaffen.  
2777

#### 2778 **7.4 Nationales Naturerbe** 2779

2780 Unser Land verfügt über ein reichhaltiges Naturerbe. Dieses wollen wir für zukünftige  
2781 Generationen bewahren. Es geht um eine neue Partnerschaft von Naturschutz,  
2782 nachhaltiger Landwirtschaft und umweltverträglichem Tourismus. Wir werden daher:  
2783

- 2784 • gesamtstaatlich repräsentative Naturschutzflächen des Bundes (inkl. der Flächen  
2785 des „Grünen Bandes“) in einer Größenordnung von 80.000 bis 125.000 Hektar  
2786 unentgeltlich in eine Bundesstiftung (vorzugsweise DBU) einbringen oder an die  
2787 Länder übertragen. Zur kurzfristigen Sicherung des Naturerbes ist ein sofortiger  
2788 Verkaufsstopp vorzusehen;
- 2789 • anstreben, den Flächenverbrauch gemäß der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie  
2790 auf 30 ha/Tag bis 2020 zu reduzieren und für ein Flächenressourcenmanagement  
2791 finanzielle Anreizinstrumente entwickeln;
- 2792 • mit einer nationalen Strategie den Schutz der Natur verbessern und mit einer  
2793 naturverträglichen Nutzung kombinieren;
- 2794 • die Natura 2000-Richtlinie im Rahmen des europäischen Rechts mit Augenmaß  
2795 umsetzen;
- 2796 • wo sinnvoll möglich, den Schutz naturnaher Lebensräume durch kooperative  
2797 Lösungen, insbesondere den Vertragsnaturschutz, sicherstellen. Soweit notwen-  
2798 dig, werden ordnungsrechtliche Maßnahmen eingesetzt;
- 2799 • unsere Flüsse und ihre Auen als Lebensadern der Landschaft und in ihrer Funk-  
2800 tion für einen vorbeugenden Hochwasserschutz erhalten und entwickeln.  
2801

#### 2802 **7.5 Verkehr und Immissionsschutz** 2803

2804 Zur Senkung des Kraftstoffverbrauchs von Fahrzeugen und der Verminderung von  
2805 CO<sub>2</sub>-Emissionen im gesamten Straßenverkehr werden wir  
2806

- 2807 • wirksame Anreize für die Einführung hocheffizienter Antriebe durch eine am CO<sub>2</sub>-  
2808 und Schadstoffausstoß orientierte Kfz-Steuer schaffen;
- 2809 • die Selbstverpflichtung des europäischen Automobilverbands ACEA unterstützen,  
2810 bis 2008 bei Neufahrzeugen eine durchschnittliche Emission von 140 g CO<sub>2</sub> pro  
2811 km nicht zu überschreiten. Wir schlagen vor, dass für die bis 2012 angestrebte

- 2812 weitergehende Absenkung auf 120 g CO<sub>2</sub> pro km mit einem bestimmten  
2813 Prozentsatz die Verwendung von Biokraftstoffen eingerechnet werden kann;  
2814 • die Entwicklung alternativer Kraftstoffe und innovativer Antriebstechnologien mit  
2815 dem Ziel „weg vom Öl“ im Dialog mit der Industrie vorantreiben.  
2816

2817 Wir streben eine Trendwende bei der Lärmbelastung der Bevölkerung, insbesondere  
2818 im Bereich Verkehrslärm, an. Dazu werden wir ein Lärminderungsprogramm  
2819 entlang von bestehenden Bundesfernstraßen und Schienen entwickeln. Auf  
2820 nationaler Ebene ist die Novellierung des Fluglärmgesetzes vordringlich.  
2821

## 2822 **7.6 Abfall, Wasser**

2823  
2824 CDU, CSU und SPD werden auf europäischer und nationaler Ebene der umweltver-  
2825 träglichen Kreislaufwirtschaft neue Impulse geben. Wir brauchen in Europa ein ein-  
2826 heitlich hohes Umweltschutzniveau mit anspruchsvollen Standards für die Abfallent-  
2827 sorgung, um Umweltdumping durch Billigentsorgung Einhalt zu gebieten.  
2828

2829 Wir werden die Abfallwirtschaft hin zu einer nachhaltigen ressourcenschonenden  
2830 Stoffwirtschaft weiterentwickeln. Ausgangspunkt hierfür ist die im  
2831 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz geregelte Produktverantwortung.  
2832

2833 Die Kommunen sollen auch in Zukunft eigenständig über die Organisation der  
2834 Wasserversorgung wie auch der Abfall- und Abwasserentsorgung entscheiden  
2835 können. Das Steuerprivileg für die Abwasser- und Abfallentsorgung soll beibehalten  
2836 werden.  
2837

2838 Bund und Länder werden die europäische Wasserrahmenrichtlinie in enger Abstim-  
2839 mung umsetzen und sich gemeinsam auf europäischer Ebene für ein harmonisiertes  
2840 Vorgehen einsetzen. Beim Bau und der Unterhaltung von Bundeswasserstraßen ist  
2841 dem in der Richtlinie verankerten Schutz der Gewässer und der Erhaltung ihrer öko-  
2842 logische Funktionen Rechnung zu tragen.  
2843

## 2844 **7.7 Nachhaltige Entwicklung**

2845  
2846 Die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ist Ziel und Maßstab unseres Regie-  
2847 rungshandelns, auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Die  
2848 Nationale Nachhaltigkeitsstrategie greifen wir auf und entwickeln sie weiter.  
2849 Bewährte Einrichtungen wie der im Bundeskanzleramt verankerte Staatssek-  
2850 retärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung, der Rat für Nachhaltige Entwicklung  
2851 sowie der Parlamentarische Beirat sollen weitergeführt werden.  
2852

## 2854 **8. Landwirtschaft**

### 2856 **8.1 Den ländlichen Raum und den Agrarstandort Deutschland stärken**

2857  
2858 Wir wollen eine starke und wettbewerbsfähige Land-, Forst-, Fischerei- und  
2859 Ernährungswirtschaft in Deutschland. Diese Wirtschaftsbereiche erbringen eine hohe  
2860 Wertschöpfung, sichern Arbeitsplätze in vornehmlich ländlich geprägten Regionen  
2861 und haben eine große Bedeutung: Für die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung,  
2862 als Rohstoff- und Energielieferanten, für die Pflege und den Erhalt der